



Opferrechte in der EU

Rechtlicher und politischer Rahmen für die Rechte von Opfern.

Bedürfnisse der Opfer in der EU

Jedes Jahr werden schätzungsweise 15 % der Europäer oder 75 Millionen Menschen in der Europäischen Union Opfer von Kriminalität. Immer mehr Menschen reisen, leben oder studieren im Ausland in einem anderen EU-Land und können potenzielle Opfer von Straftaten werden.

Die EU arbeitet kontinuierlich daran, sicherzustellen, dass Opfer überall in der EU die Unterstützung und den Schutz erhalten, die sie brauchen.

Menschen, die Opfer von Straftaten werden, haben unterschiedliche Bedürfnisse, die von Opfer zu Opfer variieren. Um diesen Bedürfnissen gerecht zu werden, müssen alle Opfer individuell behandelt werden. Die Bedürfnisse der Opfer können jedoch in 5 große Kategorien eingeteilt werden

- respektvoller Umgang und Anerkennung als Opfer
- Schutz vor Einschüchterung, Vergeltung und weiterem Schaden durch den Beschuldigten oder Verdächtigen sowie vor Schaden bei strafrechtlichen Ermittlungen und Gerichtsverfahren
- Unterstützung, einschließlich Soforthilfe nach einer Straftat, längerfristige physische und psychische Hilfe sowie praktische Hilfeleistung
- Zugang zur Justiz, um sicherzustellen, dass die Opfer ihre Rechte kennen und verstehen und an Verfahren teilnehmen können
- Entschädigung und Wiedergutmachung, sei es durch finanzielle Entschädigungen des Staates oder des Täters oder durch Mediation oder eine andere Form der restaurativen Justiz

Opferrechte in der EU

Die Richtlinie über die Rechte von Opfern legt Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten fest und stellt sicher, dass Personen, die Opfer von Straftaten geworden sind, anerkannt und mit Respekt behandelt werden. Sie müssen auch

angemessenen Schutz, Unterstützung und Zugang zur Justiz erhalten.

Die Richtlinie stärkt die Rechte der Opfer und ihrer Familienangehörigen auf Information, Unterstützung und Schutz erheblich. Es stärkt die Verfahrensrechte der Opfer in Strafverfahren weiter. Die Richtlinie verlangt auch, dass die EU-Länder für die Beamten, die wahrscheinlich mit Opfern in Kontakt kommen, eine angemessene Schulung zu den Bedürfnissen der Opfer gewährleisten.

Die EU-Staaten mussten die Bestimmungen der Richtlinie bis zum 16. November 2015 in nationales Recht umsetzen. Im Jahr 2013 hat die Europäische Kommission einen Leitfaden herausgegeben , um die EU-Staaten dabei zu unterstützen.

Am 11. Mai 2020 hat die Europäische Kommission einen Bericht zur Umsetzung der Opferrechterichtlinie verabschiedet . In dem Bericht wird bewertet, inwieweit die Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen ergriffen haben, um seinen Bestimmungen nachzukommen.

Für bestimmte Opfergruppen hat die EU spezielle Vorschriften erlassen. Diese Vorschriften bauen auf der Opferrechterichtlinie auf, gehen jedoch direkter auf die besonderen Bedürfnisse einiger Opfer ein. Die EU-Gesetzgebung bietet Schutz und Unterstützung für

- Opfer von Menschenhandel,
- Opfer von sexueller Ausbeutung und Kinderpornografie
- Opfer des Terrorismus .

Um die nationalen Behörden bei der Umsetzung der EU-Vorschriften zu Opferrechten zu unterstützen, hat die Europäische Kommission das EU-Kompetenzzentrum für Terrorismusopfer eingerichtet . Das EU-Zentrum bietet nationalen Behörden und Opferhilfsorganisationen Fachwissen, Ausbildung, Beratung und Unterstützung.

Offene öffentliche Konsultation zur Bewertung der Opferrechterichtlinie

Am 19. Juli 2021 leitete die Kommission eine Konsultation ein, um die Ansichten der Öffentlichkeit zur Bewertung der Opferrechterichtlinie einzuholen. Die Bewertung ist eine der Schlüsselmaßnahmen der Kommission, die in der EU-Strategie für Opferrechte (2020 – 2025) festgelegt sind.

Diese Konsultation richtet sich an alle Akteure und Bürgerinnen und Bürger, die sich für dieses Thema interessieren. Sie dauert 14 Wochen und endet am 25. Oktober 2021: Offene öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Opferrechterichtlinie.

Finanzierung Official EU website

Justizprogramm 2014-2020

Unterlagen

Umsetzungsbericht zur Opferrechterichtlinie



Leitliniendokument der GD Justiz zur Umsetzung und Durchführung der Richtlinie 2012/29/EU

Englisch (272,5 KB - PDF)

[Url link -](#)

https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/13_12_19_3763804_guidance_victims_rights_



Factsheet Richtlinie über die Rechte von Opfern

07. Dezember 2021

Englisch (240,7 KB - PDF)

[Url link -](#)

https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/law/eu_victims_rights_directive_factsheet_fel

Abteilungen

Justiz und Verbraucher